

# Wahlprüfsteine des Urbane Praxis e.V. 2026

2026 wählt Berlin neue Vertreter\*innen für das Abgeordnetenhaus. Der Verein Urbane Praxis e.V. hat den Parteien Punkte vorgelegt, die für die nächste Legislatur unerlässlich sind. Ausgehend aus dem 2025 entstandenen Policy Paper "Gemeinsame Forderungen für eine gerechtere, vielfältige Stadt" (Link zum Artikel:

<https://www.urbanep Praxis.berlin/other/unsere-stadt-braucht-solidaritaet-statt-angstpolitik>) Die „Wahlprüfsteine“ für die kommende Legislatur sind:

## WAHLPRÜFSTEINE

### 1. Raumgerechtigkeit und gemeinwohlorientierte Stadt

*“Raum als demokratisches Gut: Der Zugang zu Stadtraum ist Grundlage von Teilhabe und Meinungsfreiheit.” (Grenzgänge e.V.)*

Die Berliner Urbane Praxis setzt sich für eine stärkere Zugänglichkeit von Informationen zu Stadträumen und deren Nutzungsmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung, aber auch Berliner Politik und Verwaltung ein. Dieser Diskurs wird bereits jetzt durch verschiedene Austauschformate, Publikationen und die Schaffung von Instrumenten wie dem Kulturkataster vorangetrieben. Hierbei muss jedoch der Fokus weiterhin gestärkt werden, sodass sowohl die Erschließung von Potenzialräumen für kurzfristige Zwischennutzungen bis hin zu einer experimentellen Pioniernutzung möglich gemacht werden kann. Wenig- bis ungenutzte Orte können so zu Freiräumen für neue Ideen und Initiativen werden. Gemeinschaftlich getragene -Projekte benötigen dafür Zeit, Verlässlichkeit und Schutz, unabhängig von kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen. Dabei müssen sowohl die Erschließung neuer Orte als auch die Fortführung bestehender Räume gesichert werden.

### Zukunftsansichten

Pioniernutzungen sollen als Planungsinstrument dauerhaft in der Leistungsphase 0 städtischer Planungsprozesse für die Beteiligung der Zivilbevölkerung verankert werden. Das ermöglicht frühzeitige Beteiligung, Erprobung und gemeinsames Lernen. Pioniernutzungen sollen dabei als produktiver Teil formaler Planung verstanden werden, deren Erkenntnisse in langfristige, qualitative Entwicklungsstrategien einfließen.

Zur strukturellen Umsetzung wird eine ressortübergreifende Koordinationsstelle empfohlen, die Schnittstellen zwischen städtischer Praxis und Planung stärkt und interdisziplinär (Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Soziales, Bildung) agiert. Dies muss sich in neuen

Kooperationsmodellen widerspiegeln, die sowohl auf konkrete Projekte als auch auf eine nachhaltige, institutionell verankerte Vernetzung der genannten Akteur\*innen abzielen. Eine agile Verwaltung soll als Ermöglichungsstruktur wirken, personelle Kapazitäten sichern und kooperative Verfahren fördern.

In Zusammenarbeit mit der Urbanen Praxis erfasste Daten und Kartierungen wie das Kulturkataster können als vermittelnde Instrumente dienen, um Räume, Akteur\*innen und Bedarfe sichtbar zu machen und datenbasiertes Handeln zu unterstützen. So entsteht eine lernfähige und sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltige Stadtentwicklung, in der Urbane Praxis als Motor für Transformation wirkt.

1. Wollen Sie bisher ungenutzte Potenzialräume für Kultur, Nachbarschaftsarbeit und gemeinwohlorientierte Initiativen in Berlin bereitstellen und wie könnte die Umsetzung aussehen?
2. Planen Sie, die Zivilgesellschaft, sowie Akteur\*innen und Initiativen der kollektiven Stadtentwicklung frühzeitig in Planungsprozesse städtischen Interesses einzugliedern, und wenn ja, wie?

## **2. Teilhabe, Beteiligung und machtkritische Strukturen**

*„Die Stimmen, die am meisten zählen, sind jene, die von Machtstrukturen unterdrückt werden.“ (Feminist Spaces Collective)*

Beteiligung muss neu gedacht werden – fair, fürsorglich, politisch: Urbane Praxis fordert echte Mitbestimmung statt symbolischer Beteiligung. Die Stadt soll gemeinsam mit den Communities produziert werden, zugänglich, verständlich und jenseits von disziplinären Hürden. Dies wird besonders angesichts begrenzter staatlicher Förderung zur Voraussetzung echter und gleichberechtigter Teilhabe. Instrumente städtischer Beteiligungsprozesse können dabei neue kooperative und solidarische Organisationsformen wie gemeinwohlorientierte Genossenschaften oder Public-Civic-Partnerships, Commons-Public-Partnerships sein. Im Mittelpunkt steht ein städtisches Miteinander, das soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung verbindet und Schutz und Fürsorge für alle und insbesondere auch für marginalisierte Gruppen bietet.

Urbane Praxis bezieht Kunst, Kultur und Experiment in den Beteiligungsprozess aktiv ein. Diese Form von direkter Teilhabe soll von Beginn an in Planungsprozesse integriert werden, um Lebensqualität, Akzeptanz und soziale Vielfalt zu fördern. Niedrigschwellige Beteiligungsformen eröffnen insbesondere marginalisierten Gruppen wie zum Beispiel FLINTA\*-, - migrantisierten oder behinderten Personen, aber anderen strukturell benachteiligten Gruppen wie Kindern und Jugendlichen neue Zugänge zur Stadtgestaltung.

## **Zukunftsansichten**

Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung basiert auf vernetzten Ressorts und interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung, Umwelt, Kultur, Soziales und Bildung – in enger Kooperation mit der Zivilgesellschaft. Eine Arbeitsgruppe zu Schnittstellen zwischen Praxis und Planung soll Wissen und Erfahrungen aus der urbanen Praxis systematisch in Verwaltungsprozesse einbinden und verstetigen. Dies kann durch Kooperationsvereinbarungen zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung strukturell verankert werden. Damit echte Teilhabe gelingt, braucht es ausreichende personelle und zeitliche Ressourcen, offene Kommunikation, einfache Sprache und Übersetzungsleistungen, um Zugänglichkeit für alle zu gewährleisten. Zudem müssen vielfältige Perspektiven und unterschiedliche Bedürfnisse aktiv einbezogen werden – etwa durch diverse Planungsteams, mehrsprachige Beteiligungsformate, barrierefreie Zugänge, faire Honorierung von Mitwirkung und kontinuierlichen Austausch zwischen Praxis und Verwaltung.

Quelle: STADT WIEN. KINDER- UND JUGENDMILLION. [HTTPS://JUNGES.WIEN.GV.AT/KINDER-UND-JUGENDMILLION](https://junges.wien.gv.at/kinder-und-jugendmillion)  
STAUB ZU GLITZER. COMMONING - EINE ÜBERSICHT. [HTTPS://STAUBZUGLITZER.DE/COMMONING-EINE-UEBERSICHT/](https://staubzuglitzer.de/commoning-eine-uebersicht/)

1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass Beteiligungsverfahren in Berlin tatsächlich wirksame und nachhaltige Mitentscheidung ermöglichen? Wie stehen Sie zu verbindlichen Entscheidungsspielräumen, garantierter Ergebnisoffenheit und einer nachvollziehbaren Umsetzung der Empfehlungen des Beteiligungsbeirats zur „guten Beteiligung“?

Quelle: Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung  
<https://share.google/mZNE0s6N8gRzyqJMw>

2. Welche weiteren Maßnahmen für eine gute Bürger\*innenbeteiligung im Interesse der Berliner\*innen planen Sie in der räumlichen Stadtentwicklung umzusetzen?

### **3. Förderung, Verstetigung, Wissen und Zusammenarbeit**

*“Wir fordern faire und langfristige Förderstrukturen (insbesondere Fortsetzung des Projektfonds Urbane Praxis)” (Kiosk of Solidarity)*

Zur nachhaltigen Entwicklung urbaner Praxis ist die Verstetigung von Strukturen, Wissenstransfer und der Aufbau neuer Allianzen unabdingbar. Erforderlich sind mehrjährige Förderprogramme sowie flexible Finanzierungsmodelle, die Mischfinanzierungen, Rücklagenbildung und gemeinwohlorientierte Fonds- oder Genossenschaftsmodelle ermöglichen. Damit kann die derzeitige Projektlogik überwunden und eine langfristige, resiliente Praxis etabliert werden. Gleichzeitig muss Wissen als gemeinschaftliche Ressource verstanden und systematisch geteilt werden. Urbane Praxis braucht vernetzende Plattformen, in denen Erfahrungswissen, Genehmigungsprozesse und Forschungsergebnisse zugänglich gemacht

und weiterentwickelt werden können, dies muss auf zivilgesellschaftlicher Seite, wie auch institutioneller Seite passieren.

## Zukunftsaussichten

Zentral ist zum aktuellen Zeitpunkt vor allem die Verstetigung von Förderstrukturen, die langfristige Planungssicherheit bieten, etwa durch mehrjährige Förderung. Dies beinhaltet neue Formen der dauerhaften Finanzierung von Projekten. Genauso muss der Fokus auf Phase-0-Förderungen gelegt werden, welche die experimentelle und konzeptionelle Arbeit der urbanen Praxis von Beginn an ermöglichen. Nur so können nachhaltige Innovationsprozesse entstehen, die über kurzfristige Projektlogiken hinausreichen.

Gleichzeitig braucht es einen freien Zugang zu Wissen und die Anerkennung vielfältiger Wissensformen, eine Veränderung der akademisierten Szene ist hierbei essentiell. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung muss eurozentristische und rassistische Wissenshierarchien kritisch hinterfragen und plurale Perspektiven gleichberechtigt einbeziehen. Dies schafft die Grundlage für eine dekoloniale, partizipative und solidarische Wissenspolitik, in der lokales, praktisches und erfahrungsbasiertes Wissen denselben Wert besitzt wie institutionelles oder wissenschaftliches Wissen.

QUELLE: PROJEKTFONDS URBANE PRAXIS:

[HTTPS://WWW.PROJEKTFONDS-URBANE-PRAXIS.BERLIN/MEDIA/FILER\\_PUBLIC/31/0D/310D5126-5C6F-4415-BDD6-AE17BFA95631/240328\\_ENDBERICHT\\_BPUP\\_LANG\\_V3.PDF](https://www.projektfonds-urbane-praxis.berlin/media/filer_public/31/0D/310D5126-5C6F-4415-BDD6-AE17BFA95631/240328_ENDBERICHT_BPUP_LANG_V3.PDF)

1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungsprojekte langfristig abgesichert werden und nicht von kurzfristigen Projektförderungen abhängig bleiben, insbesondere durch den Ausbau von Strukturförderungen, interdisziplinären Förderansätzen und Phase-0-Förderung?

BPUP Bezug: Der erstmals in 2021 aufgelegte **Berliner Projektfonds Urbane Praxis** (BPUP) hatte eine wichtige Funktion für die Stärkung der Szene der Urbanen Praxis an der Schnittstelle von Kunst, Stadtentwicklung, Bildung und Sozialem. Die für Praktiker\*innen zur Verfügung stehenden Mittel (Zuwendungen für den BPUP 2024/25) wurden Ausgesetzt, der BPUP um knapp 1 Mio. € gekürzt, 2026 steht statt der vollen Summe nur der Teilbetrag von 300.000 € Fördersumme zur Verfügung. Der BPUP als innovatives und aktivierendes Instrument der Kulturellen Stadtentwicklung in Berlin wird dadurch auf die rein administrative Fördermittelvergabe reduziert.

2. Wie wollen Sie solche interdisziplinär wirkenden Fördermöglichkeiten künftig stärken, und wenn ja, auf welche Weise?

## 4. Solidarische und ressourcenschonende Stadt

*“Schutz marginalisierter Gruppen: „Guarantee community spaces for migrants and queer communities, free from eviction or criminalisation.“  
(SoliSur & Ciudad Migrante)*



Urbane Praxis e.V.  
Gerichtstr. 23  
13347 Berlin  
office@urbanep Praxis.berlin  
[www.urbanep Praxis.berlin](http://www.urbanep Praxis.berlin)

Internationale & lokale Solidarität: Urbane Praxis setzt sich gegen Repression, Diskriminierung, ungleiche Ressourcenverteilung- und verbrauch sowie ökologische Zerstörung ein. "Zunächst einmal ist das wichtigste zu beobachten was auf unseren Straßen passiert, also gegen Repression zu sein, Militarisierung und Kriminalisierung von besonders migrantisierten Jugendlichen. Wir fordern besonders mehr Gelder für Bildung, Kultur, eine Infrastruktur zu bauen, die wirklich für die Menschen ist, die die Stadt als ihren Lebensraum sehen. Also mit denen zu arbeiten, die in der Stadt leben, aufgewachsen sind, aber auch neu hinzukommen." (Grenzgänge e.V.)

Abrisse müssen in einer auf Ressourcengerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit ausgerichteten Stadtentwicklung Schritt für Schritt vermieden und durch Umbau und Umnutzung ersetzt werden. Die bisherige Stadt-Bau-Praxis hat die Ressourcen der Zukunft bereits verbraucht. Wir brauchen eine weit verankerte Kultur der Qualifizierung des Bestands. Die urbane Praxis hat hier Schlüsselexpertisen, die sie in den transdisziplinären Transformationsprozess einbringt.

### **Zukunftsaussichten**

Zukunftsfähige Stadtentwicklung erfordert internationale Solidarität und Zusammenarbeit, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Verantwortung in der Nutzung globaler Ressourcen. Städte sind Teil eines weltweiten Netzwerks des Lernens – solidarische Partnerschaften ermöglichen den Austausch von Wissen, Methoden und Erfahrungen. Voraussetzung dafür sind strukturelle Maßnahmen zur Antidiskriminierung, Diversitätssensibilität und gerechte Teilhabe. Die systematische Dokumentation urbaner Solidaritätspraktiken ermöglicht Transfer und Sichtbarkeit erfolgreicher Modelle. Eine konsequente Verankerung sozialer und ökologischer Gerechtigkeit in kommunalen Strategien schafft die Basis für kooperative, fürsorgliche und lernende Städte.

1. Welchen Stellenwert hat Umweltgerechtigkeit im Sinne der Untersuchung durch den Umweltgerechtigkeitsatlas für Sie und wie wollen Sie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in der Berliner Stadtentwicklung verbindlich zusammendenken?

QUELLE: [Umweltgerechtigkeitsatlas - Berlin.de](http://Umweltgerechtigkeitsatlas - Berlin.de)

2. Wie sollen selbstorganisierte und solidarische Initiativen bei der Entwicklung einer krisenfesten Stadt mit einbezogen werden?
3. Welche Maßnahmen gegen Verdrängung planen Sie umzusetzen, besonders bezogen auf kulturell und kollektiv genutzte Orte?
4. Wie gestalten Sie die Abkehr vom Abriss und wie stärken Sie die Umnutzungen von Bestandsarchitekturen?

## **5. Urbane Praxis und Diskussionsräume auf Bezirksebene: Räume demokratischer Stadtentwicklung**

Die im folgenden vorgestellten “Diskussionsorte” stehen exemplarisch für die aktuellen Aushandlungsprozesse um die Zukunft Berlins. Sie reichen von Wohnungs- und Bodenfragen über Kultur- und Freiräume bis hin zu Infrastrukturprojekten und dem Umgang mit öffentlichem Eigentum. Trotz ihrer unterschiedlichen lokalen Kontexte verbindet sie ein gemeinsames Merkmal: An all diesen Orten engagieren sich Bürger\*innen, Initiativen und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen aktiv für die Gestaltung ihrer Stadt.

Die “Diskussionsorte” sind keine isolierten Einzelfälle. Sie verweisen auf grundlegende Herausforderungen der Berliner Stadtentwicklung: die Sicherung gemeinwohlorientierter Nutzungen, den Zugang zu bezahlbaren Räumen, den Erhalt kultureller Infrastrukturen, die demokratische Mitbestimmung bei Planungsprozessen sowie die Frage, wie öffentliche Ressourcen und Flächen künftig genutzt werden sollen. Vor diesem Hintergrund versteht sich die vorliegende Sammlung von Diskussionsorten als Beitrag zur politischen Debatte im Vorfeld der Berliner Senatswahl. Wir wollen diesbezüglich konkret auf Ihren Bezirk bezogene Anfragen stellen zu dem weiteren Verfahren mit solchen Projekten als eine Art Präzedenzfall für kommende Themen, Diskussionen und Raumaushandlungen.

Im Rahmen der Kampagne wurden die unten genannten Orte/ Initiativen und weitere “Diskussionsorte” recherchiert und für eine Kooperation angefragt. Grundsätzlich gibt es viele solche Orte, im weiteren Verlauf des Dokuments wird sich ausgehend von dem Netzwerk Urbane Praxis auf folgende Projekte fokussiert.

## **6. Bezirksspezifische Fragen zu Orten:**

### **Sorge ins Parkcenter**

#### **1. Zukunft des ParkCenters und gemeinwohlorientierte Nutzung**

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das ParkCenter Treptow langfristig als Gebäude erhalten und als gemeinwohlorientierter Standort für soziale Infrastruktur, Nachbarschaftsangebote, Kultur, Beratung, Pflege- und Betreuungsangebote weiterentwickelt wird, anstatt vorrangig für renditeorientierte Neubau- oder Büronutzungen? Falls ja, welche konkreten Schritte wollen Sie dafür auf Bezirksebene unternehmen?

#### **2. Sorgeinfrastruktur und Beteiligung im Bezirk**

Wie wollen Sie in Treptow-Köpenick die wohnortnahe Versorgung mit Sorgeinfrastruktur (z. B. Kinderbetreuung, Pflege, Nachbarschaftshilfe, Begegnungsorte und Beratungsangebote) stärken? Unterstützen Sie dabei die Einbindung von

Anwohner\*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in die Planung und demokratische Gestaltung solcher Orte?

### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

Sorgezentren / ParkCenter Treptow

Die Initiative setzt sich für eine gemeinwohlorientierte Umnutzung des ParkCenters in Treptow und dessen Überführung in Gemeineigentum ein. Im Mittelpunkt stehen soziale Infrastruktur, Sorgearbeit, Nachbarschaftsangebote und kulturelle Nutzungen. Ziel ist ein offener, demokratisch mitgestalteter Stadtteilort.

## **Traumfabrik**

### **1. Erhalt des ehemaligen Kinos als Kultur- und Begegnungsort**

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das ehemalige CineStar-Gebäude am Treptower Park für kulturelle, soziale und gemeinwohlorientierte Nutzungen geöffnet wird? Unterstützen Sie die Durchsetzung der Forderung der Initiative, Anwohner\*innen und Kulturakteur\*innen nach einer kulturellen Zwischen- oder Dauernutzung?

### **2. Kultur- und Stadtteilzentrum für den Treptower Norden**

Wie bewerten Sie den Vorschlag, das ehemalige Kino zu einem Kultur- und Stadtteilzentrum mit Kinobetrieb, Veranstaltungsräumen, Jugendangeboten, Bildungsprojekten, Nachbarschaftstreffs und Räumen für Vereine und Initiativen weiterzuentwickeln? Welche konkreten Maßnahmen würden Sie ergreifen, um solche nicht-kommerziellen Begegnungsorte im Treptower Norden dauerhaft zu sichern?

### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

Traumfabrik Treptow: Die Initiative engagiert sich für den Erhalt und die kulturelle Nutzung des ehemaligen Kinos im ParkCenter. Sie fordert eine Öffnung als Stadtteil- und Kulturzentrum mit Kino, Veranstaltungen und Bildungsangeboten. Der Fokus liegt auf Zwischennutzung, Erhalt der Struktur und öffentlicher Zugänglichkeit.

## **Bürgerinitiative Schlangenbader Tunnel**

### **1. Schutz der Wohngebiete**

Werden Sie sich für wirksame Maßnahmen gegen Ausweichverkehr in Wohnstraßen rund um den Schlangenbader Tunnel einsetzen? Wenn ja, für welche?

### **2. Beteiligung der Anwohner\*innen**

Unterstützen Sie eine verbindliche Beteiligung der Anwohner\*innen bei der Planung von Verkehrsmaßnahmen im Umfeld des Schlangenbader Tunnels? Wie soll diese konkret aussehen?

### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

Schlangenbader Tunnel – Bürgerinitiative: Die Initiative reagiert auf

Verkehrsbelastungen und Umleitungen im Umfeld des Schlangenbader Tunnels. Sie setzt sich für den Schutz von Wohnstraßen vor Ausweichverkehr sowie für mehr Verkehrssicherheit und Lebensqualität im Kiez ein. Zudem fordert sie stärkere Beteiligung der Anwohner\*innen bei Verkehrsentscheidungen.

## **SEZ für Alle**

### **1. Zukunft des SEZ als Gemeingut**

Das SEZ ist seit Jahren Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Gemeinwohlinteressen und privater Verwertung. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass die landeseigenen Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, um das SEZ für Sport, Kultur, Freizeit und soziale Nutzungen dauerhaft für die Öffentlichkeit zu sichern?

### **2. Transparenz und Beteiligung**

Unterstützen Sie die Forderung, die weitere Entwicklung des SEZ in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung von Initiativen, Anwohnerinnen, Sportvereinen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu gestalten? Welche Formen der Mitbestimmung halten Sie dabei für sinnvoll?

#### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

SEZ für Alle: Die Initiative kämpft für den Erhalt des ehemaligen Sport- und Erholungszentrums SEZ in Berlin als öffentlichen Ort. Sie kritisiert Abrisspläne und setzt sich für Sanierung und gemeinwohlorientierte Nutzung für Sport, Freizeit und Kultur ein. Dabei steht die Zugänglichkeit für die gesamte Stadtgesellschaft im Vordergrund.

## **Initiative Tramdepot**

### **1. Zukunft des Tramdepots und alternative Nutzungen**

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass vor einer dauerhaften Nutzung des denkmalgeschützten Tramdepots als Abstellfläche für sichergestellte Fahrzeuge alternative Standorte geprüft werden? Unterstützen Sie das Ziel, das Areal stattdessen für kulturelle, soziale und gemeinwohlorientierte Nutzungen zu öffnen?

### **2. Bürgerbeteiligung und kooperative Entwicklung**

Unterstützen Sie die Veröffentlichung der Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Nachnutzung des Tramdepots von 2017 sowie die Durchführung eines transparenten Modellverfahrens unter Beteiligung von Anwohner\*innen, Initiativen und zivilgesellschaftlichen Akteu\*innen, um die künftige Nutzung des Areals gemeinsam zu entwickeln?

#### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

Tramdepot Schöneberg: Die Initiative fordert eine neue Nutzung des

denkmalgeschützten Tramdepots jenseits von Fahrzeugabstellung. Sie sieht das Potenzial für kulturelle, soziale und nachbarschaftliche Nutzungen und kritisiert die aktuelle Zwischennutzung. Ziel ist ein kooperatives Verfahren mit breiter Beteiligung zur Entwicklung des Areals.

### **Initiative Parkcafé Rehberge**

#### **1. Gemeinwohlorientierte Nutzung des Parkcafés**

Unterstützen Sie die Entwicklung des Parkcafés Rehberge als offenen, gemeinwohlorientierten Ort für Kultur, Begegnung, Bildung und nachbarschaftliches Engagement? Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Nutzung allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von Alter, Einkommen oder Herkunft zugänglich bleibt?

#### **2. Nachbarschaftliche Mitgestaltung und soziale Teilhabe**

Wie wollen Sie die Beteiligung von Anwohner\*innen, Initiativen und lokalen Akteur\*innen an der zukünftigen Entwicklung des Parkcafés Rehberge fördern? Befürworten Sie eine Trägerschaft oder Organisationsform, die eine dauerhafte Mitbestimmung der Nachbarschaft ermöglicht?

#### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

Parkcafé Rehberge: Die Initiative möchte das Parkcafé im Volkspark Rehberge als offenen, inklusiven Nachbarschaftsort weiterentwickeln. Geplant ist ein niedrigschwelliger Ort für Kultur, Begegnung und soziale Angebote mit erschwinglicher Gastronomie. Im Fokus stehen Zugänglichkeit, Vielfalt und lokale Verankerung.

### **Karstadt Netzwerk Leopoldplatz**

#### **1. Gemeinwohlorientierte Nutzung des Karstadt-Gebäudes**

Unterstützen Sie die Forderung, das leerstehende Karstadt-Gebäude am Leopoldplatz als dauerhaft gemeinwohlorientierten Ort mit bezahlbaren oder kostenlosen Flächen für soziale, kulturelle und zivilgesellschaftliche Nutzungen zu entwickeln, statt eine rein renditeorientierten Verwertung anzustreben (z. B. Büro, Hotel oder Luxuswohnen)?

#### **2. Beteiligung, Transparenz und Umgang mit Zwischennutzung**

Wie setzen Sie sich dafür ein, dass die zukünftige Entwicklung des Karstadt-Gebäudes in einem transparenten Verfahren unter verbindlicher Beteiligung von Nachbarschaftsinitiativen und Zivilgesellschaft erfolgt und Zwischennutzungen nicht nur provisorisch, sondern als Teil eines langfristigen Nutzungskonzepts abgesichert werden?

#### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative**

Karstadt Leopoldplatz (Netzwerk Karstadt): Das Netzwerk setzt sich für eine

gemeinwohlorientierte Nachnutzung des leerstehenden Karstadt-Gebäudes am Leopoldplatz ein. Es fordert soziale, kulturelle und bezahlbare Nutzungen statt rein kommerzieller Verwertung. Zentral sind zudem Zwischennutzung, Beteiligung und eine langfristige Perspektive für den Ort.

## Leerstand Hab-Ich-Saath (Habersaathstraße) x Kiosk of Solidarity

### **1. Umgang mit Leerstand und Wohnraumsicherung**

Wie stehen Sie zur Forderung, langfristig leerstehende und bezugsfertige Wohnungen in der Habersaathstraße konsequent als Wohnraum zu sichern und einer Nutzung für Menschen in Wohnungs- und Obdachlosigkeit zuzuführen, statt sie dem Abriss oder einer rein renditeorientierten Entwicklung zu überlassen? Welche konkreten politischen und rechtlichen Instrumente wollen Sie dafür auf Bezirksebene bzw. Landesebene einsetzen?

### **2. Öffentliche Hand, Mitbestimmung und Präzedenzwirkung**

Unterstützen Sie die Forderung, dass das Land Berlin das Areal Habersaathstraße 40–48 in öffentliches Eigentum überführt und dauerhaft als sozial orientierten Wohnort sichert? Wie wollen Sie sicherstellen, dass Betroffene, Initiativen und Anwohnerinnen verbindlich in die zukünftige Entwicklung eingebunden werden und dass aus dem Umgang mit der Habersaathstraße ein verbindlicher sozialer Standard für den Umgang mit Leerstand in Berlin entsteht?

### **Kurze Beschreibung der Situation und Initiative:**

Habersaathstraße Hab-Ich-Saath / Leerstand: Die Initiative kämpft gegen Leerstand und für den Erhalt von Wohnungen in der Habersaathstraße in Berlin-Mitte. Sie fordert die Sicherung von Wohnraum für Menschen in schwierigen Lebenslagen und kritisiert Abriss- und Verdrängungspläne. Zudem setzt sie sich für eine stärkere öffentliche Kontrolle über den Bestand ein.